Bulletin Nr. 7

herausgegeben durch die

ANARCHISTISCHE BADISCHE FÖDERATION

Vereinigung badischer Herrschaftsgegner & internationaler Antimilitaristen

Alle Anfragen nur über:

INFO-BÜRO der ABF
Postfach 12
D-6831 Neulussheim

Einzahlungen und Spenden unter Stichwort "ABF" auf Postscheckkonto W.Keller Ludwigshafen nr.:19622-678

GRÜNDUNGSERKLÄRUNG VOM 5.APRIL 1974

Schon seit längerer Zeit arbeiten mehrere freiheitliche gruppen im badischen Raum lose auf regionaler Ebene zusammen. Vorläufig haben sich nun drei der Gruppen zu einer noch intensiveren und organisierten Zusammenarbeit entschloßen. Wir gaben uns den Namen: ANARCHISTISCHE BADISCHE FÖDERATION und haben bereits erste gemeinsame Aktionen unter dieser Bezeichnung hinter uns.

Bei unserem Bündnis handelt es sich in erster Linie um einen frei verbundenen Zweckverband. Durch ihn hoffen wir Schwierigkeiten sowohl materieller und geistiger, als auch finanzieller Art bei den einzelnen Gruppen und Genossen zu beseitigen. Die einzelnen Mitglieder der Föderation verbleiben in völliger Unabhängigkeit und setzen zusätzlich zur Arbeit in der Föderation ihre lokale Gruppen- oder individuelle Tätigkeit fort. So ist die Förderation der erste Schritt praktischer Solidarität für uns, den wir für unser weiteres Zusammenleben und -wirken für notwendig hielten.
Unser oberstes Anliegen ist die Praxis der freiheitlichen Prinzipien " freie Vereinbarung " und " gegenseitige Hilfe " als beweis für die Anwendbarkeit der anarchistischen Ordnung.

Das bedeutet aber nicht, daß wir andere schulmeistern wollen. Es heißt lediglich, daß wir unter vielen Plänen und Schwärmereien endlich mal etwas Konkretes machen.
Selbstverständlich steckt unsere Arbeit noch in den Kinderschuhen und bedarf einiger Korrekturen und Anregungen, wobei wir natürlich für Kritik von anderen Genossen dankbar sind.

Unsere Perspektive ist ein freiheitlicher Sozialismus als Voraussetzung für eine herrschaftslose Gesellschaftsordnung.
Wir lassen es dabei hingestellt, wie dies von den einzelnen Gruppen und Mitarbeitern aufgefaßt wird, daß heißt; wir machen uns innerhalb der Föderation keinerlei Vorschriften, ob der Zustand der Anarchie auf kollektivistischer, kommunistischer, syndikalistischer,mutualistischer oder individualistischer Ebene erreicht werden soll.
Dieses Bulletin (Informations-Rundbrief) stellt vorläufig das Kommunikations- und Informationsorgan der Föderation dar. Es erscheint vorläufig etwa alle zwei Monate und wird kostenlos versandt.
Die Finanzierung wird von Genossen und den Gruppen getragen. Für Spenden sind wir daher äußerst dankbar.
Leserbriefe und Anregungen werden eventuell sinngemäß gekürzt.
Probeexemplare können nur gegen Rückporto versandt werden.

Offene Kontaktstellen:

GRUPPE "DIE IDEE"
~~Postfach 2421~~ Postfach 2531
~~752 Bruchsal~~ 752 Bruchsal

FREIHEITLICHE SOZIALISTEN
Postfach 4528
75 Karlsruhe

FREIHEITLICHE SOZIALISTEN
R.Mex
Landwehrstr. 42
68 Mannheim

GRUPPE LIBERTÄRE SOZIALISTEN
Postfach 12
6831 Neulussheim

FREIE SOZIALISTEN
c/o: P.Zimmermann
Johanniterstr. 17
717 Schwäbisch Hall

Weitere Kontakte können über das INFO-BÜRO der ABF vermittelt werden.

VERANSTALTUNGSKALENDER:

Im januar 77 eröffnet in Bruchsal Moltkestrasse 38 UNSER LADEN.
Dort gibts: limke-, alternative und frauenliteratur; außerdem schmuck, kerzn lederwaren und andere handarbeiten.
Sowie gute conections.
Voraussichtilich findet am 19.januar ein eröffnungsfest statt; -vorher aber nochmal bei der Bruchsaler kontaktadresse rückfragen, ob der termin bleibt.
Wer beim aufbau finanziell mithelfen will, der soll etwas auf flogendes konto spenden:
Postscheckamt Karlsruhe
G. Daiber Kontonr.: 1221 96-757

NEUERSCHEINUNGEN AUF DEM BÜCHERMARKT:

SELBSTVERLAG KARLSRUHER ANARCHOS:

spanien 1967 bis 1976
dokumentation 22 seiten A4 — 0,70

arschtritt nr. 10
schrift dieser zeit — 1,50

KARIN KRAMER VERLAG:

das gesetz der welt ist die änderung der welt (die rheinische gruppe progressiver künstler -1918-1933) — 25,oo

marx und bakunin
von Fritz Brupacher — 15.-

MaD VERLAG:

mai 68 -die subversion der beleidigten
flugschrift nr.14 — 6,8o

anfälle
tagebuchfragmente
flugschrift nr. 16 — 8,8o

VERLAG IMPULS:

rechenschaft -aufsätze aus dem sozialist
von Gustav Landauer — 9,-

geschichte der Internationalen Arbeiter-Assoziation 1921-1931
kollektiv — 2,50

EMS-KOPP-VERLAG:

humanes, nicht "soziales" wohnen -über die schwierigkeit menschengerecht zu planen
a5-broschüre 48 s. — 1,-

VERLAG FREIE GESELLSCHAFT:

die tat
gefängniserinnerungen eines anarchisten
von Alexander Berkmann
370 s. paperback — 17,--

ein tag im leben des soldaten S.
von Hans- Martin Sänger
56 s. A5 broschüre — 4.-

Infobüro ABF, Neulußheim

Die ABF bereitet bis Beginn des nächsten Jahres eine Propagandadiareihe vor, die in erster Linie dazu verwandt werden wird, für die Ziele des freiheitlichen Sozialismus zu werben und aufzuklären. Die ABF wird dabei auch ihre Ziele und ihre Praxis aufzeigen, um mit Vorurteilen und irrigen Meinungen innerhalb der Bevölkerung aufzuräumen. Wer den Vortrag durch Bilder, kurze Texte oder Fotomaterial unterstützen will, soll die Sachen bitte an das Infobüro senden, wir werden uns dann schriftlich mit ihm in Verbindung setzen.

Infobüro ABF, Neulußheim

Uns ist da zur Wahl ein ganz böser Fehler unterlaufen. Wir haben fälschlicherweise zum "Wahlboykott durch Ungültigwahl" aufgerufen, weil wir fest der Meinung waren, die Stimmen würden sonst bei der Auszählung prozentual auf die Parteien verteilt. DEM IST NICHT SO! Allein die Enthaltung der Wahl, der Wahlboykott durch Meiden des Wahllokals genügt, um seine Stimme zu enthalten. Allerdings kann der Staat dann wegen der Nichtabgabe der Wahlaufrufskarte genau feststellen, wer nicht bei der Wahl war, also so die BOYKOTTIERENDEN unter Umständen feststellen. Aber das soll uns nicht beirren. Der Staat hat uns ja schon immer nachgeschnüffelt.

WEITER WAHLBOYKOTT!!! (Wer für die nächste Wahl schon jetzt was plant und es zusammen mit uns und anderen organisieren will, soll sich mal an uns wenden).

GLS Neulußheim/Kirrlach

Arbeitskreis Druck

Innerhalb der ABF besteht seit langem der Mangel an einer für unsere Bedürfnisse geeigneten Offsetdruckmaschine. Da wir nicht in der Lage sind, einen so großen Geldbetrag, wie er benötigt wird, aufzubringen, bittenwir euch hiermit alle, eine Kleinigkeit zu spenden. Jeder noch so kleine Beitrag ist willkommen und wird ausschließlich zum Kauf einer Maschine verwandt. Die ersten Spendenergebnisse veröffentlichen wir dann im nächsten Bulletin.

Infobüro ABF, Neulußheim

Im letzten Bulletin haben wir einen Brief zum Zeltlager abgedruckt, der von einem Genossen aus Hannover geschrieben wurde. Er hat uns inzwischen geantwortet und sich uns gegenüber gerechtfertigt. Teilweise müssen wir einige Mißverständnisse eingestehen, wenn auch nicht bei jedem unserer Aussagen. Aber was solls: Wir wollten dem Genossen nicht schaden und möchten offiziell davon Abstand nehmen, den Genossen in einen schlechten Ruf zu bringen, zumal wir seine Arbeit im norddeutschen Raum sehr schätzen und ihn als Freund und Genossen nicht verlieren möchten. Wir hoffen, den Vorfall hiermit solidarisch aus der Welt geschafft zu haben. (Auch wir sind nur Menschen und machen Fehler!)
Wer den Brief an uns lesen möchte kann dies jederzeit tun, sofern der Genosse aus Hannover einverstanden ist.
Übrigens: Im Norddeutschen Raum erscheint seit kurzem ein dem unseren ähnliches BULLETIN FÜR DEN NORDDEUTSCHEN RAUM, dessen Initiatoren versuchen, ein wenig zu koordinieren. Schreibt da doch mal hin, oder falls ihr aus Norddeutschland seid, schaut mal vorbei! Adresse: G. Knapienski, Steintorfelderstr. 7
3 Hannover 1

Am 30.9.76 gegen 16 Uhr durchsuchten 5 Zivil- und zwei uniformierte Polizisten die Wohnungen von Anarchisten in Ubstadt: (kleiner Ort in Baden-Württemberg rd. 40 km von Karlsruhe) Anwesend waren 3 später 4 Genossen. Der Hausdurchsuchungsbefehl lautete auf Beteiligung von ABF-Mitgliedern an Beschädigungen einer Schule durch Wandparolen.
Bei dieser Aktion fand die Polizei auch ein aus einer Kirche (unsere liebe Frau) enteigneter Kerzenleuchter(wozu braucht die Kirche 6 Stck davon?) einen LSD-Trip, sowie verschiedene Anarchistische Flugblätter.
Nach dieser Hausdurchsuchung versuchte die Polizei ein Mädchen, das unserer Gruppe nahe stand, als Spitzel anzuwerben. Sie versprachen ihr in mehreren Gesprächen einen Job zu besorgen, dazu Geld für Kleider u.ä. Außerdem wollten sie sie auf anarchistische Kongresse im Ausland schicken und ihr die Reise plus Spesen bezahlen. Als Gegenleistung sollte sie die Polizei über geplante Aktionen unterrichten. Darüberhinaus versprachen sie ihr Straffreiheit für eventuell zurückliegende und zukünftige Straftaten.
Die Bruchsaler Gruppe sieht diese ganze Aktion "Spitzelanwerbung" Als einen Versuch uns weiter einzuschüchtern, nachdem es der Polizei bei ihrer Aktion von Jan. bis März 76 (offene Überwachung) nicht gelungen ist uns klein zu kriegen. Das zeigt sich vor allem daran welche naiven und gerade zu lächerlichen Fragen dem Mädchen gestellt wurden (sie sollte zum beispiel sagen wann auf internationalen kongressen über Bombenanschläge und Entführungen von Politikern gesprochen würde).
Aus diesen Gesprächen konnten wir auch entnehmen,daß wir schon längere Zeit überwacht werden. (sie legten Fotos von Genossen aus Bruchsal oder Umgebung vor).
Am 1.10.76 war in der reaktionären Lokalpresse (BNN) ein Artikel in dem die ABF als eine Bande bezeichnet wurde.
Auch die weiteren Nachrichten sind von der Gruppe freiheitliche Sozialisten Bruchsal:
WICHTIG!!! WICHTIG!!!!!WICHTIG!!!!! WICHTIG!!!!!

Die bruchsaler Gruppe hat eine neue Adresse:
Gruppe freiheitlicher Sozialisten
Postfach 2531, 7520 Bruchsal

BITTE BEACHTEN!!!! BITTE BEACHTEN!!!!

Voraussichtlich eröffnet am 1. Jan.77 in Bruchsal ein Alternativ Laden in Selbstverwaltung. "Unser Laden" wird hauptsächlich von Mitgliedern der freiheitlichen Sozialisten, und der Frauengruppe getragen. Die Vorbereitungen sind in vollem Gange.

Von Mitgliedern der freiheitlichen Sozialisten wurde eine Filmarbeitsgruppe gegründet. Sie hat sich zum Ziel gesetzt, kritische Filme in Bruchsal zu zeigen. Wenn Genoss(in)en darin schon Erfahrung haben wären wir sehr dankbar wenn ihr sie uns vermitteln könntet. Das Projekt soll spätestens bis Frühjahr 77 anlaufen.

Auch in Bruchsal haben wir den Kampf gegen die Todesurteile an den beiden irischen Genossen aufgenommen. Wir haben bei jeder sich bietenden Gelegenheit (sofern wir sie nicht vergessen hatten) Flugblätter verteilt und dazu etwa 30 Unterschriften an die irische Botschaft geschickt. Außerdem haben wir auf drei Jugendveranstaltungen in unserem Raum die Texte gegen die Urteile verlesen.

Gegen die Isolationshaft die über Siegfried Knutz im Bruchsaler Knast verhängt wurde (s. ID 148/149) haben wir ein Flugblatt verteilt. Er sitzt seit 12 Jahren im Knast.Zur Zt. in Isolation.
Nähere Informationen über die Bruchsaler Gruppe der ABF

Infobüro der ABF:

Nachdem in der jüngsten Zeit die Polizei so frei war, über die ABF, Schmierereien in der bügerlichen Presse zu bringgn, möchten wir auf diese Staatsprovokation ein wenig antworten, indem wir Autonummern und Adressen von Polizisten veröffentlichen. Eine Gewähr können wir aber natürlich nicht geben.
Über die Vorfälle, mit denen uns der Staat einschüchtern wollte, siehe auch das dem letzten Bulletin beiliegende Flugblatt und der Bericht in dieser Ausgabe über die jüngsten Ereignisse.

Polizeirevier und Kriminalaußenstelle Bruchsal
Schönbornstraße 12, Rufnummer 07251/74-1
Polizeiposten Ubstadt Rufnummer 07251/6552

Da kann man sich detailliert nach dem Befinden der ABF erkundigen.

Bruchsaler Rundschau, Kaiserstr. 41 Rufnummer 07251/2449
Badische Neueste Nachrichten, Lammstr. 1b-5 Rufnummer0721/25921

Und die wissen über den Anarchismus Bescheid, als hätten sie ihn studiert. Leider schreiben sie nur Scheisse über uns.

Und wer sich direkt mit einem Staatsschützer zusammensetzen will:

H.P. Müller, Balthasar-Neumannstr. 35, 752 Bruchsal
Dienstruf: 07251/13283

Und dann noch einige Autonummern, die uns aufgefallen sind:
(keine Gewähr)
VW 1200, grau, BR 290
KA-U-9499, Opel, weiß
HD-PV-198, Mercedes, weiß
VW Bus, Streifenwagen, KA-3850

Und von diesen wissen wir, daß sie engagierte Faschisten sind:
Weinroter 2CV KA-U-289
Blauer Opel MA-NJ-44

Infobüro der ABF:
Noch eine Nachricht über die Praktiken der Polizei!
Im "Polizeispiegel", dem Fachorgan für die Polzei Baden-Württembergs steht:
"Der Gegenangriff setzt voraus, daß der Feind klar ausgemacht wird; daß die Diagnose nichts verniedlicht; daß an den vielfältigen Ursachen kuriert wird. Die Hauptziele dürften darin bestehen:
1. Die Quellen anarchistischen Denkens und Sinnens müssen versiegen.
2. Die Organisationen des Terrors müssen wirksam ausgeschaltet werden.
3. Die polizeiliche Verfolgung bedarf zweifelsohne der Straffung.
4. Die Bestrafung der nachweislich an Terrorakten Beteiligten muß angemessen sein. (der Gedanke an lebenslange Zwangsarbeitslager sollte mit Verlaub erwogen werden.)"
Wir meinen, daß dieser Jargon genau der Jargon ist, mit dem Goebbels Deutschland mit in den Untergang führte. Nichts hat sich also geändert!

Todesurteile in irland

Im oktober fanden im ausland etliche aktionen zugunsten der murrays statt. Vor allem in england etliche aktionen der verschiedenen gruppen:
1. Flugblattaktion vor dem irischen fremdenverkehrsbüro in manchester
2. straßentheater in oldham und burnley
3. Besetzung einer irischen bank in leicester
4. Besetzung des büros von amnesty international in london

in chikago machten mitglieder des general defence committees der IWW eine flugblattaktion vor dem büro der "aer lingus" (irische fluggesellschaft).

Italien
Am 12. Oktober begann in Italien ein neuer Prozess gegen marini. marini ist angeklagt wegen seines Verhaltens während seiner früheren Prozesse.
Marini hatte die Ermordung von Mitgefangenen durch sadistische Wärter angeprangert, Faschisten-faschisten genannt.
Die Richter Lamberto, Fiengo,und Zarra(Mitglieder der faschist. MSI)wollen Marini erneut hinter Gitter bringen für etliche Jahre Obwohl Marini schon "2/3" seiner 9-jährigen Strafe abgesessen hat ,müßte er eigentlich gemäß italienischem Rechts auf Bewährung freigelassen werden .dieser erneute Prozess der Faschisten zielt darauf hin,das Leben unseres Genossen Marini zu vernichten.

England
In Liddle Tower starb im Frebruar ein Mann 3Wochen nach seiner Verhaftung außerhalb einer Nacktbar in Birtley.DERMann starb an inneren Blutungen,diei ihm auf der Polizeistation beigebracht wurden.

Portugal
Die PCP (Kommunist. Partei Portugals) hat ihre Mitglieder, die Landbesetzungen vorgenommen hatten, angewiesen, Teile der besetzten Ländereien den ehemaligen Besitzern zurückzugeben. Hätten die Kommunisten in den letzten Wahlen die Macht erlangt, so hätten sie den Besetzungen den Stempel der Legalität aufgedrückt und die Ländereien der Kontrolle der kommunistischen Zentralregierung unterworfen.

GFS Schwäbisch Hall
Im Rahmen der Haller Straßenspiele fand in Schwäbisch Hall eine Veranstaltung für politische Gefangene in Spanien statt. Mit Flugblättern, Stellwänden, einem 5-seitigen Informationsblatt, Literatur und in Gesprächen wurde der Bevölkerung die Situation der spanischen Genossen im Knast dargelegt.
Dank einiger Spenden konnte den Genossen in Spanien eine kleine Summe überwiesen werden.

Zwei Genossen in Schwäbisch Hall starteten eine zwei Mann-Aktion gegen die Todesurteile in Irland. Als Henker und Opfer verkleidet liefen die beiden durch die Haller Innenstadt um die Aufmerksamkeit für den Fall Murray zu wecken.

Irland

Über die beiden zum Tode verurteilten Genossen Noel und Marie Murray erhält die Öffentlichkeit keine Informationen. Die irische Justiz hat eine Nachrichtensperre über den Fall verhängt.
Trotzdem erreichte uns die Nachricht, daß Noel sein Gnadengesuch zurückgezogen hat. Eine Bewilligung des Gnadengesuchs hätte eine Umwandlung des Todesurteils in 35 Jahre Haft bedeutet. Das Urteil löste internationale Proteste aus. Auch wir wollen versuchen zwei weitere Justizmorde zu verhindern.

Bruchsal-Karlsruhe-Schwäbisch Hall-Neulußheim

Die obengenannten Gruppen entschlossen sich zu einer gemeinsamen Flugblattaktion zur Bundestagswahl.
In dem Flugblatt wurden die Bundesbürger aufgerufen ungültig zu wählen.
(Begründung siehe Bulletin Nr. 6)

freedom:

Warschau

Infolge internationaler Proteste und Apellen hat das höchste polnische Gericht die Strafen von 3-5 Jahren für 7 Arbeiter aus Ursne auf 1 Jahr reduziert und 3 Jahre zur Bewährung ausgesetzt.

Ein anderes Gerichtsverfahren von 3 Fabrikarbeitern aus Ursne wurde verschoben.
Die Arbeiter aus Radon bleiben jedoch in Haft. Sie erhielten Strafen von 5-10 Jahren. Zwei von ihnen sollen nach vollendung ihrer Strafe "sozialen Rehabilitationszentren" (Umerziehungslager) zugewiesen werden.
Alle diese Arbeiter wurden wegen eines von ihnen durchgeführten Streiks angeklagt.

Prag

Die Mitglieder der Prager Rockgruppe "Plastic People" und "DG 307" (Bezeichnung für Psychiatr. Sonderanstalten) erhielten Strafen von 18-20 Monaten Knast. Ihnen wird Raudytum und Ereregung öffentlichen Ärgernisses vorgeworfen.

London

Am 8. Oktober fand ein Fackelzug von etwa 150 Demonstranten in London statt. Es wurde für Noel und Marie Murray demonstriert. Ebenfalls fanden am 8. Okt. Aktivitäten in Schweden, Frankreich und Japan statt. Auch in Italien kam es zu Demonstrationen. Berichte über den internationalen Aktionstag am 23. Okt. in der ganzen Welt liegen noch nicht vor.

SRAF(sozialrevolutionäre anarchistische Föderation)

Eine Generalversammlung dieser Föderation fand im Sept. in Illinois (USA) statt. Tagesordnungspunkt war die "Planung der Taktik und Strategie, um eine freie Gesellschaft zu erreichen". Die Versammlung wurde von Mitgliedern aus der ganzen USA und Kanada besucht.

UFW

Der Kampf der UFW(United Farmworkers) dauert immer noch an. ES sollen kalifornische Weintrauben und Safeway Supermärkte boykottiert werden. Kontakte über: 110 A Brooke Road, London 16

Neapel
In Neapel kommt es zu einem weiteren Anwachsen der "organisierten Arbeitslosen" (Disoccupati Organizzati)
Vertreter der Disocupati wurden von den Kommunisten bedroht, da sie nicht der Parteilinie der PCI folgen.
Die PCI haben zur Zeit die Macht in Neapel.

Peking
Dadurch daß Hua Kuo Feng die Nachfolge Maos angetreten hat wird es zu einer weiteren Annäherung Chinas an den Westen kommen.
Nachdem die sog. "revolutionäre Linke" unter Führung der Mao-Witwe Tschiang Tsching in Schanghai ausgeschaltet wurde.
Damit dürfte auch unseren chinesischen Genossen die Arbeit noch weiter erschwert werden.

Schottland
Seit einiger Zeit existiert in Schottland eine "Schottische libertäre Föderation", die aus 6 Gruppen besteht.
Kontakt über Blake
c/o A.P.P.
167 King St.
Aberdeen

Zaragoza
Die Genossen der CNT in Zaragoza benötigen finanzielle Unterstützung, um eine Lebensmittelkooperative errichten zu können.
Sie wollen ihre Produkte zum halben Preis verkaufen.
Aber zuerst benötigen sie noch etwas Geld, um einen Laden, einen LKW und einen großen Kühlschrank kaufen zu können.

Spenden unter dem Stichwort "Zaragoza" auf das Konto der Föderat.
Walter Keller
Neulußheim
19622- 678 Pschkonto Ludwigshafen

Anzeigen....
Die ABF hat Broschüren neu aufgelegt oder neu herausgebrachtt
Es gibt wieder:

Bakunin, Freiheitlicher Sozialismus oder Marxismus	0,50DM
Kropotkin, Die Entwicklung der Anarchistischen Ideen	0,50DM
Autorenkollektiv, Die neue Heilige Allianz, Texte zur internationalen Anarchistenverfolgung	0,50DM
Neu:	
Malatesta, Ein anarchistisches Programm	0,50DM
Arschtritt, Anarchistische Schrift mit Texten aus der aktuellen Arbeit. (U.A. Interview mit einem ABF-ler über Selbstverwaltung	1,50DM

Texte erhältlich über die angeschlossenen Vertriebe.

"Wir haben die Möglichkeit, anarch. Texte zu kopieren. Verlage sowie andere Interessenten können sich an unsere Kontaktadresse wenden. Folgende Texte sind erhältlich:

Rudolf Rocker - (Entscheidung des Abendlandes, KZ-Erinnerungen)
Pjot'r Kropotkin - (Der moderne Staat)
Syndikalismus - Texte, Schriften von Helmut Rüdiger
Unsere Adresse: DA DA Weltbüro, Radhoffstr. 4, 43 Essen 12

bund der anarchisten Karlsruhe

In zusammenarbeit mit dem Komitee Freies Iberien (Köln) führten wir hier in einem jugendzentrum eine informationsveranstaltung über die lage in Spanien und die CNT durch. Zwei delegierte der katalanischen CNT berichteten über die momentane lage und den wiederaufbau der CNT. Zuvor wurde der film "Ein volk in waffen" gezeigt. Dieser film wurde 1937 von der einzel-gewerkschaft erziehung-bildung und kultur als propaganda-film für die "Konföderation der Arbeit" (=CNT) gedreht.
Diese veranstaltung war der teil einer rundreise durch die BRD. Nachdem in Berlin, wo die rundreise begann, anscheinend einiges schief gelaufen war, hatten wir beschloßen, hier noch zusätzlich eine fotoausstellung mit bild-dokumenten aus dem spanischen bürgerkrieg und der sozialen revolution vorzustellen. Außerdem haben wir eine dokumentation über den wiederaufbau der CNT von 1967-76 zusammengestellt (erstveröffentlichung in der französischen zeitung "La laterne noire", erstveröffentlichung in der "Neuen Viehzucht" aus Münster in deutsch).
Die veranstaltung war außerordentlich gut besucht (obwohl einige gruppen aus Karlsruhe fehlten!).
Die foto-ausstellung hat uns etwa 180.-mark gekostet (ca. 110 fotos DIN A4!).
Diese ausstellung soll noch hier in der Pädagogischen Hochschule gezeigt werden, danach wäre sie für andere gruppen frei. Wer interesse hat, der sollte uns anschreiben. Oberlegt Euch mal, wieviel geld Ihr zur verfügung habt, und setzt Euch dann mit uns in verbindung.
Von der dokumentation haben wir auch noch einige übrig. Der herstellungspreis liegt bei 60 pfennigen. Da käme noch das porto hinzu. Wer also die Spanien-doku gern möchte, der lege 90 pfennig in briefmarken in einen brief, und sende den an die übliche c/O adresse: b. müller postfach 4528 75 karlsruhe 1

Nachtrag: Die informatoon über das schlechte anlaufen der rundreise hatten wir aus dem id (informations-deinst frankfurt). Allerdings haben wir inzwischen viele vorbehalte gegenüber dem id. Obwohl wir immer und überall für dessen verbreitung gesorgt haben, hat er inzwischen etliche informationen die von erklärt anarchistischen gruppen und organisationen kamen nicht veröffentlicht! Drei uns bekannte fälle wollen wir hier als beweis aufführen: 1.) ein info-flugblatt der unabhängigen roten hilfe karlsruhe zu einem hungerstreik im Karlsruher knast; 2.) eine erklärung von den spanischen widerstandsorganisationen UGT; CNT; PSOE; POUM; PNV; STV: ARDE; vom dezember 75, daß sich gegen den vormachtsanspruch der KP und SP Spaniens richtet 3.) eine erklärung der subrealistischen front,
gerüchteweise sind uns noch andere fälle bekannt, aber ich glaube, daß angeführtr reicht aus um die unterschlagung durch den ID zu belegen.
Wenn wir unsere erklärungen und informationen als "Basis"-berichte bezeichnen würden, würden sie bestimmt veröffentlicht! Aber solch einer unehrlichen taktik bedienen wir uns nicht!!! SCHAFFEN WIR UNS EIGENE NACHRICHTENDIENSTE !!!!!

ABF-gesamt

Nach einigen vergeblichen anlaüfen gelang es der Haller gruppe schlußendlich doch eine demonstration zugunsten der verurteilten irischen genossen zu organisieren. Die demonstration fand am 27.november in Straßburg statt. Wir hatten mit 20 genossen gerechnet, immerhin kamen etwa 40 leute zusammen. Wir überreichten als Anarchistische Badische Föderation eine protest-resolution dem Europäischen Gerichsthof. Die anschließende kundgebung vor dem Straßburger Münster verlief ohne größere zwischen-fälle. Unter der androhung als "unerwünschte ausländer verhaftet und abgeschoben zu werden", mußten wir den forderungen der französischen polizei nachkommen, und nach etwa 20 minuten unsere demonstration abbrechen.
Bei der abschließenden besprechung richtete sich die vorgebrachte kritik hauptsächlich auf zwei punkte 1.) kein französischer genosse wußte über unsere vorhaben bescheid!: 2.) die bestehenden irland-komitees wurden nicht benachrichtigt.
Die kundgebung war daher mehr ein spontaner akt, als eine geplante demonstration! Wir haben daraus gelernt, und werden bei ähnlichen aktionen besser planen!

NEUESTE NACHRICHTEN: nach bisher unbestätigten berichten sollen Noel und Ronald nicht gehängt werden, sondern lebenslang hinter den mauern vergraben werden. Während gegen Mary ein neuer prozeß stattfinden soll+. Bisher wurden diese indormationen aber von den genossen noch nicht bestätigt.

bund der anarchisten Karlsruhe

Am 4.dezember spielten die Scherben & Missus Beastlys in einem solidaritäts-konzert für die Werstatt 68. Die "Werkstatt 68" ist ein jugendzentrum in Karlsruhe, daß bisher mit städtischer finanzieller unterstützung weitgehend eigenständig arbeiten konnte. Der Stadtjugendausschuß hat nun die finanzen für dieses jugend-zentrum gestrichen. Aus diesem grund versuchen die jugendlichen eine breite mo-bilisierung zu erreichen. Mit dem konzert der Scherben & Bestlys begann eine reihe von aktionen, die ihren vorläufigen höhepunkt in einer demonstration am samstag den 18.dezember in Karlsruhe finden soll. Auf dem konzert durften laut beschluß der vollversammlung dieses zentrums der KBW keinen büchertisch errichten. Lediglich die Gruppe Internationaler Marxisten (= GIM -trotzkistisch), der Spar-tacus-Bund (=trotzkistisch), der Kommunistische Bund (=chinakritische Maoisten), Laubfrosch-vertrieb (=anarchistisch), KKW-Nein-gruppe (kernkraftwerksgegner), und arbeitskreisen der W 68 wurde es von der vollversammlung gestattet ihre in-formationstische aufzubauen. Dies ist insofern als wichtig zu erachten, weil der KBW bisher einen großen einfluß auf das jugendzentrum zu haben schien.
Die jugendlichen sehen die sperrung der gelder nicht als einen isolierten akt, sondern sehen ganz klar die zusammenhänge der immer stärker werdenden unterdrückung in der BRD. So schreiben sie in ihrer presseerklärung: ...diese methoden sind nicht neu in diesem land. Gibt es doch berufsverbote, überfälle auf frauenzentren, eine zweite innerdeutsche mauer in Brokdorf, ferner angriffe auf die meinungs- und organisationsfreiheit wie kürzlich polizeiüberfälle auf buchläden, verlage und druckereien in der gesamten BRD...

bund der anarchisten karlsruhe

Fünf stunden nach dem ende unserer fete standen am sonntag-morgen um 9.30 uhr sechs psychos von der sicherungsgruppe Bonn vor unserer haustür. Noch am gleichen tag wurden in weiteren fünf wohngemeinschaften genossenn-en zur "zeugenvernehmung ein-geladen". Das folgende info-blatt gibt einen kleinen einblick in die hintergründe dieser bundes-weiten aktion, deren schwerpunkte im nord-badischen bereich lagen. Die bundes-weite aktion ist inzwischen abgeblasen, die ermittlungen gehen jedoch in einigen städten, darunter auch Karlsruhe, weiter.
Fast alle weigerten sich mit dem hinweis, daß ihre aussagen gegen sie verwendet werden können, mitzukommen und sich "vernehmen" zu laßen.
Die frau eines genossen ging mit ihrerer tochter hin, hat sich auch als zeugin vernehmen lassen. Sie hat uns freundlicherweise das vernehmungsprotokoll zur ver-fügung gestellt. Einige dinge stehen jedoch nicht in diesem protokoll. Im gespräch konnten wir die jedoch in erfahrung bringen. So wird im "einleitenden gespräch" beiläufig erwähnt, daß bernd elsner der "vorsitzende der anarchistischen badischen föderation" wäre. Gleichzeitig versuchten die psychos ein gespräch über den "klass-ischen" und "heutigen" Anarchismus zu führen, was die Gisela aber ablehnte. Bei der vernehmung zu Sabine Schmitz, wollten sie ihr unterjubeln, daß die Sabine, die sie aus ihrer studienzeit herkannte mit der Schmitz identisch sei.
Bei der vernehmung zu ihrem ehemaligen verlobten kam noch heraus, daß gegen diesen ebenfalls ermittlungen laufen. In welchem zusammenhang ist uns aber leider nicht bekannt.
Wie wir in dem flugblatt erklären, sehen wir dies als eine weitere aktion des staats-schutzes gegen unsere föderation. Nachdem sie in bruchsal nicht weiterkamen, wol-len sie nun hier mal nach dem "linken" sehen. Die zusammenhänge sind für uns ein wenig klar. Da sind erstensmal leute [illegible] die irgendwie mit dem Haag bekannt sind oder so, dann gibts da eine anarchistische föderation und dann noch die sachen in whyl; -und das alles in einem stockreaktionären land? Für die "Verun-sicherungs-gruppe Bonn" ergeben sich da ganz schön schwierige nüße, die erstmal geknackt sein wollen. Und auf das sind sie ja scharf -auf das verbindungsnetz.
Viele erwarten jetzt von uns, daß wir uns wieder mal von der RAF und anderen stadt-guerilla gruppierungen distanzieren. Das haben wir oft genug getan, daß brauchen wir nicht zu widerholen. Was im moment wichtig ist, -keinerlei informationen weiter-zugeben! Die politische auseinandersetzung ist die sache der bewegung, ist die sache von sozialrevolutionären, anarchisten, anarcho-syndikalisten stadt- und land-guerilla! Wir dürfen uns nicht in salami-scheibchen schneiden laßen, weil wir sonst alle gefressen werden! Mit einzelnen fangen die an, -mit der ganzen bewegung hören die auf! -LEISTEN WIR GEMEINSAM WIDERSTAND _WIDERSTAND IST NÖTIG! -

Vernehmung SCHERLAU Gisela

Blatt -2-

In der von mir gemieteten Wohnung in Karlsruhe, Werderstr. 2, wohnt außer meinem Kind Renata Herr Bernd Elsner. Herr Elsner und ich leben seit ca. drei Jahren in einem eheähnlichen Verhältnis. Der Vater meines Kindes ist Herr Elsner.

Wenn mir vorgehalten wird, daß das Anwesen Werderstr. 2 der Sitz der Roten Hilfe und der Anarchistischen Badischen Föderation sein soll, muß ich sagen, daß dies nicht ganz richtig ist. Von einem Sitz der Roten Hilfe Karlsruhe in dem Anwesen Werderstr. 2 ist mir nichts bekannt. Herr Elsner, der bei mir wohnt, bekommt zeitweise Briefe, die an die Anarchistische Badische Föderation gerichtet sind. Ich nehme an, daß Herr Elsner die Kontaktperson der Anarchistischen Badischen Föderation in Karlsruhe ist. Ich kann dies aber nicht genau sagen, da ich darüber mit Herrn Elsner wenig spreche. Ich bezeichne mich nicht als Mitglied oder Symathisant der Anarchistischen Badischen Föderation. Mir ist es ziemlich egal, was der Herr Elsner auf diesem Gebiet macht. Mich stört es nicht, was andere Leute treiben, solange sie meinen [illegible] und anderer Leute persönliche Bereiche nicht beeinträchtigen.

Frage: Frau Scheriau, kennen Sie eine Sabine Schmitz?

Antw.: Eine Sabine Schmitz ist mir nicht bekannt. Die letzte Sabine, die ich kennengelernt habe, das war noch zu meiner Studienzeit. Ich habe von Herbst 1967 bis Sommer 73 an der Universität Karlsruhe die Fächer Mathematik und Physik belegt. Während dieser Zeit habe ich einmal eine Sabine kennengelernt. Ich kann kein genaues Datum angeben und auch keinen genauen Ort oder Veranstaltung. In der Zeit 1970/71 war ich im ASTA-Vorstand als Finanzreferentin tätig. Ich wurde als Mitglied des SHB in den ASTA gewählt.

Frage: Frau Scheriau, kennen Sie Personen mit den Namen

Siegfried Haag
Roland Mayer
Knut Volkerts
Uwe Volkerts
Christian Klar
Günter Sonnenberg?

Antw.: Wenn Sie mit dem Namen Haag den ehemaligen Rechtsanwalt Siegfried Haag meinen, dann muß ich sagen, daß ich diesen Namen in den letzten Tagen ziemlich häufig im Radio gehört habe. Die Namen Roland Mayer, Knut Volkerts, Uwe Volkerts, Christian Klar und Günter Sonnenberg sagen mir nichts. Ich kenne keine der sechs genannten Personen persönlich.
Die Personen auf den beiden mir vorgelegten Lichtbildern (Christian Klar und Günter Sonnenberg) sind mir nicht bekannt.

Im Januar 1976 bin ich in meine jetzige Wohnung Werderstr. 2 eingezogen. Vorher habe ich seit Sommer 1972 zusammen mit Herrn Turm für ca. drei Monate in der Zähringerstr. gewohnt. Anschließend hatte ich diese Wohnung etwa ein Jahr alleine bewohnt, bis im Oktober 1973 Herr Elsner zuzog. Wir wurden im Juni ~~1976~~ 1975 durch die Neue Heimat vor die Tür gesetzt. Bis zu meinem Einzug in die Werderstr. im Januar 1976 haben wir bei Herrn Berthold Heuser, Karlsruhe, Markgrafenstr. 40, gewohnt.

Vorhalt: Wenn mir vorgehalten wird, daß am 14.Juli 1975 in dem Keller meiner ehemaligen Wohnung in Karlsruhe, Zähringerstr. 60 a, Munition und Munitionsteile gefunden wurden, dann muß ich sagen, ich habe damit nichts zu tun. Ob Herr Elsner Munition oder Munitionsteile aufbewahrte, kann ich nicht sagen. Ich kann mir dies nicht vorstellen.
Als wir den letzten Kellerraum übernommen haben, waren von einer Alten Dame mit Namen Lämmle noch Gegenstände in dem Keller, u.a. auch Holz und Kohle. Frau Lämmle war im Rentenalter. In dem Keller waren noch Schrankteile und Flaschen, Gläser, Schaufeln u.s.w.
Unseren Keller konnten wir nicht räumen, weil ich zu dem Zeitpunkt schwanger war und deshalb für diese Arbeit nicht in der Lage war und Herr Elsner zu der Zeit als Reisender tätig war.
Nach unserem Auszug wurde das Haus von der Neuen Heimat versiegelt. Später, etwa 14 Tage später, war die Versiegelung erbrochen und wir haben versucht, in den

Vernehmung SCHERIAU Gisela

Blatt -4-

Keller zu gelangen, um unsere Sachen rauszuholen. Wir fanden den Keller unbegehbar durch Abfälle und Kotverschmutzung vor. Wir sind deshalb nicht mehr in den Keller reingekommen.

In dem von mir und Herrn Elsner bewohnten Räumen in der Werder-str. 2 übernachten nur enge Freunde, fremde Personen nicht.

Geschlossen:	Teilweise diktiert und selbst gelesen:
xxxx	(Scheriau Gisela)

bund der anarchisten Karlsruhe

Das folgende dokument dürfte im moment das erste seiner art in der Brd sein. Bisher ist uns aus der privaten wirtschaft noch kein derartiger fall bekannt. Es wurden zumindest bisher immer derartige berufsverbote irgendiwe anderst begründet, wie zum beispiel rationlaisierung; störung des betriebsfriedens oder ähnlichen vorgeschobenen begründungen. Das nun ein mensch wegen seiner weltanschauung keine anstellung in einem privaten betrieb bekommt, ist uns bisher noch nicht bekannt.

Dabei muß jedoch gesagt werden, daß der typ um welchen es sich hier dreht, weder mitglied unserer föderation noch mitglied einer Karlsruher gruppe ist. Auf die frage nach seinem jetzigen politischen standpunkt gab er seinem zukünftigen chef lediglich die antwort:"Ach nennen sie mich doch wie sie wollen, pazifist, kommunist, anarchist ist mir doch egal!"

Die briefliche anwort mit der ablehnung dokumentiert einen weiteren schritt, auf gesellschaftliche verhältnisse, die das Nazi-regime in den schatten stellen werden.

Durch einen zufall haben wir von dieser sache erfahren, und um eine kopie dieses schreibens gebeten.

Wir sind der meinung, daß diese sache eine große öffentlichkeit erhalten muß. Wer also möglichkeiten hat, in bürgerliche zeitungen etwas reinzubringen, der sollte diese möglichkeiten in anspruch nehmen. Uns ist natürlich klar, daß die bezeichnung anarchist gerade hier bei uns eine äußerst schwierige berichterstattung nach sich zieht. Aber wir sollten dennoch versuchen eine grötmöglichste öffentlichkeit zu erreichen, um aufzuzeigen wie die private wirtschaft auf staatliche maßnahmen reagiert; wie sie sich ergänzen.

Buchhandlung Krauss
Inh. Wolfgang Stahl
75 Karlsruhe-Durlach
Gymnasiumstr. 6, Tel. 0721/405339

per Einschreiben - Rückschein
Herrn

7500 Karlsruhe 21

Karlsruhe, den 8. Oktober 1976

Sehr geehrter Herr /.

Sie hatten mir mitgeteilt, daß Sie aus der S.P.D. ausgetreten und sich einer Vereinigung angeschlossen haben, die sich, wenn ich es richtig in Erinnerung habe, Badische Anarchistengruppe nennt.
Wie Ihnen bekannt ist, bin ich weitgehend durch das Schulbuchgeschäft von der staatlichen Schulverwaltung abhängig. Da z.Zt. noch immer die Extremistenerlasse Gegenstand der politischen Diskussion sind, ist es nicht auszuschließen, daß ich aufgrund Ihrer Mitgliedschaft in der Badischen Anarchistengruppe in die politischen Auseinandersetzungen hineingezogen werde oder, was genauso geschäftsschädigend ist, zumindest ins Gerede komme. Ich muß deshalb befürchten, daß dadurch meine Existenz aufs Spiel gesetzt wird. Aus diesem Grunde muß ich Ihnen erklären, daß ich Sie als Lehrling nicht übernehmen kann. In der Anlage gebe ich Ihnen Ihre Personalpapiere zurück.

Mit freundlichen Grüßen

Wolfgang Stahl

TOTALVERWEIGERUNG Zwangsdienstverweigerung

STELLUNGNAHME EINES ZWANGSDIENSTVERWEIGERERS

zum Artikel von Hansjörg Schultz "Grundrecht unter staatlichem Zwang" in wub Nr. 6, Juni/Juli 1976

Vorweg etwas zu meiner Person: Ich schreibe diese Stellungnahme nicht von einem abstrakt-theoretischen Standpunkt aus, sondern ich bin selbst Zwangsdienstverweigerer (Verweigerer jedes staatlichen Zwangsdienstes, eingeschlossen den staatlich verordneten Zivildienst) und somit direkt Betroffener.

Ich bin erfaßt und gemustert, verweigere aber seit dem 13.5.76 jegliche Zusammenarbeit mit militärischen Behörden und Institutionen. An dem auf mich zukommenden Prüfungsverfahren werde ich nicht teilnehmen, denn es ist unbestritten, daß dieses Verfahren kein Gewissen prüfen kann. Ich rechne ab November mit meiner Verhaftung durch die Feldjäger, weil ich ja kein "staatlich anerkannter Kriegsdienstverweigerer" werden kann.

1. Es handelt sich bei der Zwangsdienstverweigerung um eine Gewissensentscheidung. Die Techniken , die H.J.Schultz beschreibt, gibt es so nicht. Der Zeitpunkt der Verweigerung von Erfassung, Musterung, Prüfungsverfahren und Zivildienst ist bestimmt durch die Entwicklung des Bewußtseins des einzelnen Verweigerers während der einzelnen Stufen der Eingliederung in das militärische Dienstsystem, zu dem auch der staatlich verordnete Zivildienst gehört.
Es gibt Verweigerer, die schon die Wehrerfassung verweigern, weil ihnen da schon bewußt geworden ist, daß dies der erste Schritt zur Zusammenarbeit mit dem Militär ist und ihr Gewissen ihnen deshalb keine andere Wahl läßt, als sich für die Erfassungsverweigerung zu entscheiden und damit auch für den zivilen Ungehorsam gegen jeden staatlichen Zwangsdienst. Andere Verweigerer treffen ihre Gewissensentscheidung zu einem anderen Zeitpunkt. Der Zivildienstverweigerer, der sein Anerkennungsverfahren bewußt bis zur Anerkennung als Kriegsdienstverweigerer betreibt, um dann den Zivildienst zu verweigern, obwohl er schon viel früher gemerkt hat, etwa bei der Musterung und Prüfungsverhandlung, daß es eigentlich seiner Gewissensentscheidung gegen den Kriegsdienst widerspricht, sich an diesem gesamten Zwangssystem überhaupt zu beteiligen, ist mir bisher noch nicht begegnet. Die zweite Technik, die H.J. Schultz praktisch schon als eine Art Strategie der Zwangsdienstverweigerer hinstellt, gibt es also nicht. Maßgeblich für die Entscheidung zur Zwangsdienstverweigerung und für den Zeitpunkt des Eintritts in den Widerstand gegen das System des staatlichen Zwangsdienstes und demit! auch des Militarismus ist einzig und allein das Gewissen des Zwangsdienstverweigerers.

2. Die Zahl der Kriegsdienstverweigerer hat in den letzten Jahren etwas abgenommen. Daß die Kriegsdienstverweigerer unpolitischer, träger und uncouragierter geworden sind, wage ich nicht zu behaupten. Ich meine eher das Gegenteil. In den letzten Jahren hat es für bundesdeutsche Verhältnisse erstaunlich viele inhaftierte Kriegsdienstverweigerer gegeben, die der zunehmenden Aufweichung des Artikels 4,3 GG nicht mehr nur Appelle und Unterschriften, sondern konkreten Widerstand entgegengesetzt haben. Diese Bereitschaft, für die eigene Gewissensentscheidung zu leiden und ganz offensichtlich persönliche Benachteiligungen in Kauf zu nehmen, berührt die Gemüter der Bevölkerung mehr als Flugblätter und appelliert an das Gewissen der Parlamentarier wirkungsvoller als jede Kundgebung oder Demonstration, wobei ich diese Aktionsformen natürlich nicht abwerten will, denn sie sind notwendiger Bestandteil gewaltfreier direkter Aktionen.
Ich setze als Zwangsdienstverweigerer dem staatlichen Zwang eine innere Motivation entgegen. Diese innere Motivation ist auch ein Appell an die anerkannten Kriegsdienstverweigerer, über ihre eigenen persönlichen Konsequenzen, die sie aus ihrer Gewissensentscheidung gegen den Kriegsdienst ziehen oder ziehen wollen, nachzudenken. Wer den Zivildienst ableistet und danach denkt, er habe genug für den Frieden getan, liegt meiner Meinung nach gewaltig schief. Friedensdienst d.h. für den Frieden leben! Diese innere Motivation für beständiges Friedensengagement gehört mit zur Zwangsdienstverweigerung.

3. Bisher haben die Zwangsdienstverweigerer niemand aufgefordert, den gleichen Schritt zu tun. Wir propagieren die Zwangsdienstverweigerung also nicht, sondern wir versuchen, die Kriegsdienstverweigerer und Zivildienstleistenden bisher nur darüber aufzuklären, daß es auch diese Möglichkeit des Widerstandes gegen den Militarismus gibt und welche Folgen solch ein Schritt hat. Besonders die Aufklärung über die Folgen und die Konsequenzen der Zwangsdienstverweigerung ist sehr wichtig.
Allerdings ist die Diskussion darüber, ob wir öffentlich zur Zwangsdienstverweigerung auffordern sollen oder nicht, noch nicht abgeschlossen. Sollten wir doch dazu übergehen (wir, das ist die "Gruppe der Zwangsdienstgegner in der BRD"), in der nahen Zukunft zur Zwangsdienstverweigerung aufzufordern, dann nur mit dem ausdrücklichen Hinweis darauf, daß mit diesem Schritt eine Kriminalisierung des Kriegsdienstverweigerers durch den Staat verbunden ist.

4. Wir befinden uns jetzt in der Tat in einer politischen Phase, in der die Raktion geschickt kontert und die konservativen Kräfte auch Erfolg haben. Dies ändert sich aber nicht dadurch, daß wir der breiten Masse nach dem Mund reden. Der Zivildienst ist natürlich bisher ein gutes Werbemittel für die Kriegsdienstverweigerer gewesen, und die meisten Kriegsdienstverweigerer leisten ihn ja auch bereitwillig ab, weil sich ihr Prestige in der Öffentlichkeit dadurch hebt. Es dürfte auch klar sein, daß die Zwangsdienstverweigerer in der öffentlichen Meinung zuerst einmal wieder als Faulpelze und Drückeberger dastehen werden, wenn die ersten Verhaftungen erfolgt sind und bekannt werden. Diese Tatsache dürfen wir natürlich nicht übersehen, sondern wir müssen sie in unsere Strategie mit einbeziehen, sie darf uns

aber nicht dazu verleiten, der Öffentlichkeit nach dem Mund zu reden und falsche inhaltliche Zugeständnisse zu machen, um unser Image aufzupolieren!

Tatsache ist:
1. Wer ja sagt zum Zivildienst, sagt ja zur Wehrpflicht, denn ohne Wehrpflicht gäbe es auch keine Zivildienstpflicht.

2. Der Zivildienst ist konsequent gedacht ein waffenloser Kriegsdienst.

Wenn dies stimmt, dann müssen wir das auch klar und deutlich aussprechen!

Ob wir uns deshalb isolieren werden, ist für mich nicht nur eine Frage der Inhalte, die wir vertreten, sondern auch eine Frage nach der Methode, die wir anwenden werden und eine Frage danach, ob wir in der Lage sein werden, unsere Haltung und unsere Motive verständlich und überzeugend (nicht überheblich und besserwissend!) zu vertreten und darzustellen. Die Zwangsdienstverweigerer werden sich deshalb konsequent und intensiv die Aktionsformen und die Möglichkeiten der gewaltfreien direkten Aktion kreativ und mit schöpferischer Phantasie zu eigen machen und anwenden.

5. Ich und andere Zwangsdienstverweigerer bestreiten in der Tat, daß ein komplexes demokratisches Gesellschaftssystem ohne Zwang auf das Individuum nicht auskomme. Wir glauben, daß der Mensch sowohl fähig ist zur direkten Demokratie (Rätedemokratie) und auch fähig sein wird, sich selbst zu bestimmen, als auch fähig ist, mit allen anderen Menschen auf der Welt in Frieden zu leben.
"Anti-Staat" und "Anti-Militarismus" schließen sich nicht gegenseitig aus, sondern gehören im Gegenteil sehr eng zusammen: Es besteht eine enge Verflechtung zwischen Militarismus und kapitalistischem Wirtschaftssystem. Dieser militärisch-ökonomische Komplex wird durch den kapitalistischen Staat aufrecht erhalten und abgesichert! Ferner gehören zum Staat: Grenzen, Nationalismus, Herrschaft von Menschen über Menschen, strukturelle Gewalt.
Frieden ist erst dann möglich, wenn es keine Grenzen, keinen Nationalismus, keine wirtschaftliche und soziale Ungerechtigkeit mehr gibt und damit auch keinen Staat und keinen Privatbesitz an Produktionsmitteln.
An dieser Utopie hält ein großer Teil der Zwangsdienstverweigerer fest, und wir sind nicht bereit, sie pragmatischen Erwägungen zu opfern. Diese Position wird allerdings nicht von allen Zwangsdienstverweigerern geteilt!

6. Auch die Zwangsdienstverweigerer kämpfen für einen Friedensdienst, doch sie gehen realistisch davon aus, daß der kapitalistische Staat solch einen Dienst, der notwendigerweise politischen Charakter tragen müßte, nicht ohne weiteres zulassen wird, sondern wenn, dann nur in einem Rahmen, der dieses System nicht gefährdet (Aktion Sühnezeichen).
Warum bleibt der Zivildienstleistende und Kriegsdienstverweigerer aufgrund des § 79 Zivildienstgesetz letztlich Bestandteil der militärpolitischen und -strategischen Planung und Berechnung und damit des militärischen Systems?
Warum wird es nicht allen Zivildienstleistenden ermöglicht, sich in die Methode der direkten gewaltfreien Aktion einzuüben und vielleicht sogar beim Aufbau einer sozialen Verteidigung mitzuwirken?
Warum wird es den Zivildienstleistenden nicht ermöglicht, "Aggressionen in kleinen Bereichen der Gesellschaft zu überprüfen, ihren Abbau zu studieren?"
Weil dies eine politische Bewußtseinsbildung zur Folge hätte und damit ein zunehmendes Engagement der Zivildienstleistenden für Freiheit und Gerechtigkeit als Voraussetzungen für eine friedliche Gesellschaft. Daran kann diesem Staat aber aus zwei Gründen nicht gelegen sein:

a) Die ZDL's würden erkennen, daß sie zu einem Dienst gezwungen werden, den die kapitalistische Gesellschafts(un-)ordnung benötigt, um den Sozialstaatsmythos aufrecht zu erhalten,
b) die ZDL's könnten sich deshalb weigern, solch einen Dienst zukünftig abzuleisten und statt an den Symptonen einer ungerechten gesellschaftlichen Struktur herumzudoktern sich dieser Struktur selbst zuwenden, was einer Gefährdung des Kapitalismus gleichkäme.
Diese Zusammenhänge muß man doch einmal ganz klar sehen!
Vor diesem Hintergrund müssen wir uns konkret fragen, welche Strategie wir einschlagen müssen, um zu einem alternativen Friedensdienst zu kommen.
Der erste Schritt auf dem Weg zum Friedensdienst muß doch der sein, daß die ZDL's ihre Unzufriedenheit mit dem bestehenden staatlich verordneten Zivildienst laut und deutlich artikulieren. Aber das reicht noch längst nicht aus. Solange die ZDL's trotzdem, wenn auch murrend wie die Kinder Israels, weiterhin den Zivildienst ableisten, auch da, wo er beim besten Willen noch nicht mal mehr ein sozialer Dienst ist, wird sich nichts ändern, weil sie ihre Gewissensnot nicht dadurch deutlich machen, daß sie solch einen Dienst aus Gewissensgründen verweigern. Vielleicht gibt es diese Gewissensnot auch gar nicht, was auf den ersten Blick tatsächlich der Fall zu sein scheint. Wenn dem so ist, dann darf man sich auch nicht wundern, wenn die Parlamentarier dann sogar mit einem gewissen Recht (von ihrer Position aus gesehen) alles beim alten belassen, denn es sind ja anscheinend keine Zivildienstleistenden da, deren Gewissen sie so sehr plagt, daß sie zum Zivildienst nein sagen müßten, wie sie das zum Kriegsdienst getan haben.
Trotz der inhaltlichen Differenzen bitte ich als Zwangsdienstverweigerer die pragmatischen Antimilitaristen, zumindest dies positiv zu vermerken: Eure Verhandlungsposition wird durch inhaftierte Zwangsdienstverweigerer, die den Zivildienst auch gerade deswegen verweigern, weil er in ihren Augen kein alternativer Friedensdienst zum Kriegsdienst ist (was H.J. Schultz in seinem Artikel ja auch nicht bestreitet) und die deshalb eine Kriminalisierung durch diesen Staat erdulden und auf sich nehmen, gegenüber den parlamentarischen "Volks"-Vertretern gestärkt, denn auch diese haben ein Gewissen und werden angesichts der konkreten Leiden und Opfer, die die Zwangsdienstverweigerer bewußt auf sich nehmen, eher mit sich reden lassen als angesichts eines Stapels Papier und rein abstrakt-theoretischer Argumentationen, die sich auf die Verfassung berufen. Das soll allerdings nicht heißen, daß diese überflüssig wären, aber damit sie wirksam werden können, bedarf es einer sichtbaren Gewissensnot bei Kriegsdienstverweigerern und Zivildienstleistenden, die durch zivilen Ungehorsam ihrer Forderung nach einem alternativen Friedensdienst Ausdruck verleihen.

Siegfried Rupnow